



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Beilage : Erklärung gegen die Umsturzvorlage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Erklärung gegen die Umsturzvorlage

Auf Grund ihrer Beschäftigung mit der sozialen Frage sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Die materielle und moralische Lage der untern Klassen in Deutschland, bedarf dringend einer durchgreifenden Verbesserung. Diese Verbesserung liegt gleichzeitig im Interesse einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung des Vaterlandes in der Zukunft. Angesichts der großen Privilegien, deren sich die obere Klassen bei uns erfreuen, ist sie anzustreben auf dem Wege ausgleichender Gerechtigkeit, die den oberen Klassen Opfer auferlegt zu Gunsten der untern.

Um eine entsprechende Haltung des Staates und der Gesellschaft herbeizuführen, ist politische Freiheit, ist vor allem Freiheit in der Kritik des Bestehenden notwendig. Die dem Reichstag gegenwärtig vorliegende sogenannte Umsturzvorlage beschränkt diese Freiheit auf das empfindlichste.

Es kommen insbesondere in Betracht die §§ 111 a, 126, 130, 131 und Artikel III des Regierungsentwurfes. Diese Bestimmungen geben dem Staatsanwalt und Strafrichter Befugnisse in die Hand, mittelst deren nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen der politischen Agitation, sondern auch das, was an ihr durchaus notwendig und segensreich ist, in weitem Umfange getroffen werden kann. Die Befürchtung, daß dies wirklich geschehen würde, läßt sich angesichts der mit dem Sozialistengesetz und mannichfachen Gerichtsurteilen der letzten Jahre gemachten Erfahrungen nicht abweisen. Es kommt hinzu, daß jeder soziale Fortschritt unvermeidlich verbunden ist mit der Entwicklung eines gewissen Klassengegensatzes. Dieser Klassengegensatz bringt es leicht mit sich, daß die Justizorgane, die sich im wesentlichen aus den oberen Klassen rekrutieren, trotz des besten Willens von einer gewissen Voreingenommenheit gegen die Wortführer der untern Klassen beherrscht und daher geneigt sind, dehnbare Paragraphen zu deren Ungunsten auszulegen.

Werden aber nicht bloß die verwerflichen Ausschreitungen der politischen Agitation, sondern die notwendige freie Kritik und Aussprache selber getroffen, so ist eine bedauerliche Hemmung des sozialen Fortschritts die notwendige Folge. In den letzten Jahren, seit dem Fall des Sozialistengesetzes, hat die Einsicht von der Notwendigkeit sozialer Reformen in den oberen Klassen bedeutend zugenommen, während sich gleichzeitig in den untern die Zahl der gemäßigten und besonnenen Elemente stark vermehrt hat. So ist einer Verständigung und friedlichem Fortschritt in erfreulicher Weise der Weg geebnet. Es ist zu befürchten, daß, wenn die erwähnten Bestimmungen der Umsturzvorlage Gesetz werden, die oberen Klassen in ihrem Reformeifer wieder erkalten, die untern wieder revolutionärer und positiver Mitarbeit abgeneigter werden.

So würden wir von der Bahn langsamen sichern Fortschritts abgedrängt und vielleicht zu völliger sozialpolitischer Stagnation, vielleicht auch zu wilden revolutionären Ausbrüchen geführt werden.

Die Unterzeichneten hegen gleich der ganz überwiegenden Mehrzahl unsers Volkes den Wunsch, daß politische Verbrechen und verwerfliche Ausschreitungen der politischen Agitation nach Möglichkeit hintangehalten werden möchten. Sie verkennen auch nicht, daß die anarchische und sozialdemokratische Agitation nicht selten die hergebrachten Ideale der Bevölkerung in verletzender Weise in den Staub zieht, den Gegner beschimpft und verdächtigt, die Wahrheit entstellt und verdreht. Aber sie glauben, daß alle diese Übelstände durch Strafbestimmungen, wie die der

Umsturzvorlage, eher vermehrt als vermindert werden. Die Verzweiflung, auf friedlichem Wege einen Fortschritt zu erzielen, ist der eigentliche Nährboden für die anarchistischen Theorien und Thaten der Gewalt; die Ausschreitungen der in der politischen Agitation stehenden Männer entstammen zum nicht geringen Teile der Erbitterung, die erzeugt wird durch den hartnäckigen Widerstand, den sie finden, und die Strafen und Verfolgungen, die sie sich zuziehen, bei dem an und für sich löblichen Bestreben, das Elend und seine Ursachen zu bekämpfen.

Es ist zu befürchten, daß die Umsturzvorlage jene Verzweiflung und diese Erbitterung, zunächst in dem ausgedehnten Kreise der anarchistischen und sozialdemokratischen Führer, dann aber auch in den breiten Massen der Bevölkerung noch bedeutend vermehren wird. Es mag ihr bestenfalls gelingen, die Formen der öffentlichen Agitation etwas zu mildern, aber die nicht öffentliche wird dafür um so erbitterter und gehässiger werden. Gründliche soziale Reformen sind das einzige wirksame Mittel, um verbrecherischen Ausschreitungen auf die Dauer vorzubeugen und Sitte und Ordnung aufrecht zu erhalten: der Gegner muß durch sittliche Größe, die ihm den Grund zu seinen Anklagen nimmt, überwunden werden, dann wird man auch von ihm nicht mehr vergebens eine sittlichere Haltung verlangen. Die oben zitierten Bestimmungen der Umsturzvorlage aber, indem sie die soziale Reform zu hemmen und Strafen und Verfolgungen selbst auf durchaus gerechtfertigte Bestrebungen zu bringen drohen, befördern geradezu die Ausschreitungen, die sie bekämpfen wollen.

Aus allen diesen Gründen glauben die Unterzeichneten  
im Namen der guten und gerechten Sache des sozialen Fortschritts,  
im Namen der Wiederannäherung der sich schroff gegenüberstehenden  
Klassen unsers Volkes,  
im Namen einer friedlichen und gedeihlichen Zukunft unsers Vater-  
landes,  
gegen die zitierten Bestimmungen der Umsturzvorlage Einspruch erheben zu  
müssen.

Oberstleutnant a. D. **M. v. Gidy** in Berlin; Geh. Regierungsrat Professor Dr. **W. Foerster** in Berlin, Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur; Fabrikbesitzer **Heinrich Freese** in Berlin, Vorsitzender des deutschen Bundes für Bodenbesitzreform; Redakteur Assessor a. D. **H. v. Gerlach** in Berlin; Professor **G. v. Gilycki** in Berlin, Herausgeber der „Ethischen Kultur“; Pastor **Paul Gochre** in Frankfurt a. D.; Professor Dr. **Heinrich Herkner** in Karlsruhe; Dr. **E. Hirschberg**, Direktorialassistent am Statistischen Amt der Stadt Berlin; **Carl Jentsch** in Meisse; Landgerichtsrat **Kulemann** in Braunschweig; Dr. **Friedrich Lange** in Berlin, Herausgeber der „Täglichen Rundschau“ und der „Volksrundschau“; Professor **Lehmann-Hohenberg** in Kiel; Professor Dr. **v. Liszt** in Halle a. S.; Pastor Dr. **Lorenz** in Erfurt; Dr. **Karl v. Mangoldt** in Dresden; Pfarrer **Friedrich Naumann** in Frankfurt a. M.; Chefredakteur **Oberwinder** in Berlin; Pastor Dr. theol. **Nade** in Frankfurt a. M.; Professor Dr. **Werner Sombart** in Breslau; Eisenbahndirektor **de Terra** in Frankfurt a. M.; Professor Dr. **Trommershausen** in Frankfurt a. M.; Geh. Rat Professor Dr. **Adolf Wagner** in Berlin; Pfarrer **Julius Werner** in Beckendorf bei Döcherleben.

Weitere Zustimmungserklärungen nimmt entgegen:

**Dr. Karl v. Mangoldt, Dresden, Lindengasse 16.**